

Bewegtheit nicht weitersprechen. Es ist zu hoffen, daß die Arbeit der „Konzilsbischofe“ und „Propheten in der politischen Repressionsphase“ von ihren Nachfolgern kreativ weitergeführt wird.

Die jährlichen „Kampagnen der Geschwisterlichkeit“ sind weiterhin aktuellen sozialen und politischen Herausforderungen gewidmet. So wird die Kampagne für 1997 den in überfüllten Gefängnissen Inhaftierten gewidmet sein – während die diesjährige Kampagne unter dem Thema „Geschwisterlichkeit und Politik“ steht – mit dem Motto: „Gerechtigkeit und Frieden umarmen einander“. Das Thema der Kampagne von 1995, die den von der Gesellschaft Ausgeschlossenen galt, sorgte im Vorfeld unter Theologen zunächst für Unruhe, als ob hier gegen die Theologie der Befreiung eine „Theologie der Ausgeschlossenen“ gesetzt würde. Dagegen erklärte *Leonardo Boff*, daß es sich hierbei nicht um eine neue Theologie, sondern um eine besondere Wahrnehmung einer skandalösen sozialen Entwicklung handele, um Menschen, die zunehmend ausgegrenzt werden, die aus dem System herausfallen und als „ökonomische Nullen“ betrachtet werden.

Die Frage nach den Ausgeschlossenen stand immer im Vordergrund der Theologie der Befreiung. Sie widmet sich aber neben der Ausdifferenzierung der Option für die Armen etwa in diejenige für die Frauen, die Afroamerikaner und die indianischen Völker verstärkt der Zukunft des Planeten Erde in einer der gegenwärtigen Situation angemessenen Schöpfungstheologie. Es gilt, das Wichtigste in der Schöpfung, das menschliche Leben, zu bewahren. Der brasilianische Theologe *Jung Mo Sung*, der zu der neuen Generation von Theologen gehört, hat im Anschluß an *Hugo Assmann* das Verhältnis von Theologie und Ökonomie untersucht, nachdem die Theologie der Befreiung der Messianisierung des Marktes, die der Neoliberalismus in der neuen Weltsituation zu vollziehen begann, ziemlich hilflos gegenüberstand. Mit Mystik war der Misere kein Einhalt zu gebieten.

Diese Reflexion ist daher für das aktuelle pastorale Handeln besonders wichtig.

Der Theologin *Ivone Gebara*, einer Ordensschwester, die seit 1973 in Recife lebte und lehrte und dort für erste Ansätze einer feministischen Theologie sorgte, wurde ein Interview in der Wochenzeitschrift „Veja“ im Oktober 1993 zum Verhängnis, in dem sie auch zu Geburtenkontrolle und Abtreibung Stellung nahm (vgl. HK, März 1995, 141 ff.). Sie vertrat die These, daß man auf der Grundlage der offiziellen kirchlichen Position mit der Welt von heute keinen Dialog führen könne, vor allem nicht mit der Welt der Armen. Im Falle der Abtreibung zeigt sie Verständnis für das Handeln verzweifelter Frauen, ohne ihr Vorgehen zu billigen.

Da einige Passagen des Interviews mißverständlich waren, gab Gebara entsprechende Erläuterungen und Erklärungen, auch gegenüber dem Erzbischof von Recife, *José Cardoso*, ab. Diesem genügte das nicht. Er leitete ein Lehrverfahren gegen sie ein. Mit „Hilfe“ des Vatikans wurde Schwester Ivone von ihrer Kongregation nach Europa versetzt. Pater *J. B. Libânio*, der schon 1990 von einem „Winter in der Kirche“ sprach, in den sie in den 80er Jahren versunken sei und in dem die interne Disziplin und die Zentralisierung Vorrang hätten, sieht auch im Falle von Schwester Gebara ein Mangel an Demokratie in der Kirche und den Versuch, die für viele Kleriker beunruhigende feministische Theologie zum Schweigen zu bringen.

Man muß trotzdem hoffen, daß der „Schrei der Ausgeschlossenen“, wie er am letzten 7. September, dem Tag der Ausrufung der Unabhängigkeit Brasiliens, bei der Arbeiter-Wallfahrt in Aparecida erklang, nicht nur von den Politikern und Wirtschaftlern, sondern auch von den Verantwortlichen in der Kirche gehört und verstanden wurde. Sonst könnten die engagiertesten und differenziertesten Erklärungen der Hierarchie vom Volk Gottes als „tönendes Erz und klingende Schelle“ angesehen werden. *Osmar Gogolok*

Kurzinformationen

Frühjahrsvollversammlung des ZdK

Die Reform des Sozialstaats und der innerkirchliche Dialog standen im Mittelpunkt der Diskussion bei der diesjährigen Frühjahrsvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken am 26. und 27. April in Bonn-Bad Godesberg. Generalse-

ekretär *Friedrich Kronenberg* gab einen Zwischenbericht zum Stand der Bemühungen um eine Verbesserung des innerkirchlichen Dialogs. Diesem Dialog hat sich das ZdK in den letzten Jahren verschrieben; durch das Kirchenvolksbegehren 1995 ist das Anliegen noch dringlicher geworden. Im Juni wird eine Konferenz der Vorsitzenden und Geistlichen Beiräte aller deutschen Diözesanräte stattfinden:

zur Bilanzierung von Inhalt, Methoden und Strukturen des innerkirchlichen Dialogs auf diözesaner Ebene und zur Klärung der Erwartungen der Diözesanräte hinsichtlich des Dialogs auf Bundesebene. Die Aussprache zum Thema innerkirchlicher Dialog bei der jüngsten Vollversammlung zeigte, daß die Meinungen im Zentralkomitee hier nach wie vor auseinandergehen. Kronenberg sagte, man müsse auch ohne

Kirchenvolksbegehren darüber nachdenken, ob nicht in den Diözesen verstärkt synodale Prozesse durchgeführt und Strukturen der Partizipation an den Aufgaben des Leitungsamtes geschaffen werden müßten. Er gab auch einen Vorblick zu den nächsten Katholikentagen 1998 in Mainz und 2000 in Hamburg: Demnach sollen sie an die guten Erfahrungen des Treffens 1994 in Dresden anknüpfen, „sowohl in der Fähigkeit und in der Bereitschaft zum Dialog mit allen Menschen guten Willens als auch in der Entschiedenheit zu einer wirklichen ökumenischen Ausrichtung“. In ihrem „Bericht zur Lage“ wandte sich ZdK-Präsidentin *Rita Waschbüsch* gegen die als Teil des Sparprogramms der Bundesregierung beschlossene Verschiebung der Kindergeldhöhung. Bei der ohnehin unzureichenden Familienförderung dürfe es keine Abstriche geben. Waschbüsch forderte im Blick auf die anstehende Reform des Sozialstaats ein „solides ordnungspolitisches Durchdenken der Probleme“. Einen Blick über den deutschen Tellerrand richtete das ZdK mit einem eindrucksvollen Bericht von *Maria-Christine Zauzich* über Glaubenszeugnisse aus Guatemala, wo zu Zeiten der „violencia“ viele Katholiken als Märtyrer starben.

Österreichische Religionsführer in Sarajevo

Nach langen, mühsamen Vorarbeiten ist vom 6. bis 8. Mai der Besuch einer interreligiös zusammengesetzten österreichischen Delegation in Sarajevo gelungen. Auf Initiative des Grazer Diözesanbischofs *Johann Weber*, der gleichzeitig Vorsitzender der Österreichischen Bischofskonferenz ist, reisten der griechisch-orthodoxe Erzbischof von Wien, *Michael Staikos*, der evangelische Oberkirchenrat *Johannes Dantine*, Rabbiner *Walter Rothschild* und der Vorsitzende der islamischen Glaubensgemeinschaft in Wien, *Anas Schakfeh*, in die bosnische Hauptstadt. Dort gingen sie gemeinsam mit bosnischen Glaubensbrüdern den „Weg des Friedens“ von der katholischen Kathedrale zur serbisch-orthodoxen Kirche,

zum jüdischen Gemeindezentrum und zur mächtigen Begova-Moschee. In jedem Gotteshaus wurde für Frieden und Versöhnung gebetet. In der Altstadt von Sarajevo erregte dieser „Friedensweg“ große Aufmerksamkeit bei den Passanten, die über das gemeinsame Auftreten von Repräsentanten aller großen Religionsgemeinschaften nach den Jahren des Krieges ungemein erstaunt waren. Zu Beginn des „Friedenswegs“ sagte Bischof Weber, die Delegation aus Österreich sei nicht gekommen, um zu belehren, sondern um zu lernen. Metropolit Staikos rief zum Gebet auf, daß „Serben, Kroaten und Bosnier, Orthodoxe, Katholiken und Muslime, ja alle Menschen in diesem vielgeplagten Land den Weg des Friedens und der Versöhnung finden.“ Beim Mittagsgebet in der Moschee bat Anas Schakfeh die „christlichen Freunde“, ihren Gläubigen die Botschaft des wahren Christentums statt der des Kreuzfahrtentums ans Herz zu legen. Die österreichische Delegation wurde sowohl vom Vorsitzenden der bosnischen Bischofskonferenz, Kardinal *Vinko Puljić*, als auch vom höchsten muslimischen Geistlichen, Reis-ul-ulema *Mustafa Efendija Čerić*, empfangen. Die Worte dieses Würdenträgers wurden in einer Phase, in der verschiedentlich eine zunehmende Islamisierungstendenz in Sarajevo befürchtet wird, als ein Zeichen der Entspannung gedeutet. Der Reis-ul-ulema sagte ausdrücklich, Sarajevo möge weiterhin „durch das Läuten von Kirchenglocken und das Rufen der Muezzins“ gekennzeichnet sein. In bosnisch-österreichischen Arbeitsgruppen wurden künftige Möglichkeiten humanitärer Hilfe aus Österreich beraten, die in den letzten Jahren durch die von Caritas und Rotem Kreuz getragene Aktion „Nachbar in Not“ Lebensmittel und Güter im Rekordwert von mehr als einer Milliarde Schilling nach Bosnien brachte. Eine andere Arbeitsgruppe befaßte sich mit der Weiterentwicklung des interreligiösen Dialogs in Bosnien-Herzegowina, wobei der Vorschlag, die jeweils anderen Religionsgemeinschaften soll-

ten am Wiederaufbau der vielen zerstörten Kirchen und Moscheen mithelfen, zu heftigen Diskussionen und Auseinandersetzungen führte.

Kirchen und NROs kritisieren Minenkonferenz

Als enttäuschend wertete der Präsident des Päpstlichen Rates „Justitia et Pax“, Kardinal *Roger Etchegaray*, das Ergebnis: die 58 Vertragsstaaten der UN-Waffenkonvention hatten sich auf der dritten Überprüfungs-konferenz, die vom 22. April bis 3. Mai in Genf stattfand, auf eine Revision des Minenprotokolls geeinigt, die die Ausfuhr billiger Plastiksprengsätze erschwert und nur noch die Verlegung von Minen erlaubt, die mit Selbstzerstörungsmechanismus sowie Metallteilen versehen sind, so daß sie aufspürbar sind. Im Herbst des vergangenen Jahres war die Revision des Protokolls gescheitert. Etchegaray unterstrich, nur ein völliges Verbot von Anti-Personen-Minen, ähnlich dem für chemische Waffen, wäre befriedigend gewesen. Der Lutherische Weltbund äußerte die Befürchtung, die Vereinbarung könne zur Produktion von neuen, technologisch verbesserten Minen ermutigen. Für ein Totalverbot hatte sich neben dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und dem UN-Generalsekretär *Boutros Ghali* auch der „Deutsche Initiativkreis für das Verbot von Landminen“ eingesetzt, dem unter anderem der Deutsche Caritasverband, das Diakonische Werk und Pax Christi angehören. Auch seiner Ansicht nach hat die Konferenz keine substantiellen Verbesserungen gebracht. Vertreter der Initiative hatten Mitte April im Bundespräsidialamt 450 000 Unterschriften für einen Totalverzicht auf Landminen übergeben. Dabei betonten der Limburger Bischof *Franz Kamphaus* und der evangelische Bischof *Hans Christian Knuth* (Schleswig) bei der Übergabe, weltweit bestehe eine breite Allianz von Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und Politikern, die eine Ächtung dieser Waffe forderten. Um

im Vorfeld der Konferenz ein Signal zu setzen, hatte Bundesverteidigungsminister *Volker Rühe* die Vernichtung sämtlicher Anti-Personen-Minen der Bundeswehr angekündigt.

Neue Studie über die Religiosität der Italiener

Das Institut für Soziologie der Katholischen Universität Mailand führte 1994 eine großangelegte Untersuchung über die Religiosität der Italiener durch, deren Ergebnisse jetzt vorliegen (La religiosità in Italia, Mailand 1995; vgl. den zusammenfassenden Bericht von *Giuseppe de Rosa* in: *La Civiltà Cattolica*, 16.3.96, 576 ff.). Demnach geben 88,6 Prozent der Italiener an, sie seien katholisch, 2,6 Prozent bekennen sich zu einer anderen Glaubensgemeinschaft und 8,8 Prozent geben an, zu keiner Religionsgemeinschaft zu gehören. 84 Prozent glauben der Untersuchung zufolge, daß Jesus Christus der Sohn Gottes ist. Der am meisten genannte Grund für den Glauben an Gott ist der gesellschaftlich-kulturelle Kontext: „Man glaubt an den christlichen Gott und ist katholisch, weil man Teil einer Kultur und einer Gesellschaft ist, in der der christliche Glaube vorherrscht.“ An zweiter und dritter Stelle folgen die Gründe „der Glaube an Gott ist ein Bedürfnis des Menschen“ und „der Glaube ist eine Hilfe bei der Bewältigung der großen Lebensprobleme“. Den Glauben an ein *Leben nach dem Tod* teilen nur 41,5 der Befragten; 3,7 Prozent geben an, an eine Reinkarnation zu glauben. Sehr viel stärker verbreitet als der Glaube an die Reinkarnation sind die Auffassung, man könne nicht wissen, was nach dem Tod komme (22,3 Prozent) und man sei sich über das Schicksal des Menschen nach dem Tod unsicher bzw. wisse nichts darüber (21 Prozent). Weit verbreitet sind offenbar Formen des *Aberglaubens*, besonders bei Frauen und Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen. Nach ihrer *religiösen Praxis* befragt, geben 31,1 Prozent an, jeden Sonntag zum Gottesdienst zu kommen, 11 Prozent fast jeden Sonn-

tag. Nie zum Gottesdienst gehen 13 Prozent der Befragten, in Städten mit über 500 000 Einwohnern sind es 23 Prozent. 90 Prozent der Befragten würden ihre Kinder taufen lassen, 83 Prozent würden sich für die kirchliche Trauung entscheiden. Zur Beichte gehen 25,7 Prozent niemals, 21,8 Prozent alle paar Jahre, 21,4 Prozent mehrere Male im Jahr. Fast 30 Prozent geben an, täglich zu beten, 17 Prozent beten nie.

Amerikanischer Bischof verbietet Mitgliedschaft in 12 Organisationen

Der als konservativ bekannte US-amerikanische Bischof von Lincoln (Nebraska), *Fabian Bruskewitz*, hat seinen Diözesanen die Mitgliedschaft in zwölf sowohl traditionalistischen wie reformorientierten Gruppierungen untersagt. Die Liste der betroffenen Gruppen reicht von der vom exkommunizierten Traditionalistenbischof Marcel Lefebvre gegründeten Priesterbruderschaft St. Pius X. bis zu den „*Catholics for a Free Choice*“, die sich für eine liberale Abtreibungsgesetzgebung in den USA einsetzen. Die Entscheidung sorgte innerhalb der US-Kirche für erhebliche Unruhe, zumal einige US-Bischöfe einer der inkriminierten Gruppierungen angehören, nämlich „*Call to Action*“. Letztere setzt sich für ein kirchliches Umdenken in der Haltung zu künstlichen Mitteln der Empfängnisregelung ein, für die Weihe zu Priestern von Frauen und verheirateten Männern sowie für mehr Beteiligung von Laien an kirchlichen Leitungsaufgaben. Die Direktive von Bischof Bruskewitz heißt im Wortlaut: „Allen Katholiken in der und von der Diözese Lincoln ist es untersagt, Mitglieder der unten genannten Organisationen und Gruppen zu sein. Mitgliedschaft in diesen Organisationen ist immer eine Gefahr für den katholischen Glauben und in den meisten Fällen gänzlich unvereinbar mit dem katholischen Glauben.“ In dem vom Kanzler der Diözese unterzeichneten Schreiben (*Origins*, 11.4.96, S. 725) heißt es

weiter, jeder Katholik, der die Mitgliedschaft in einer der genannten Gruppen nach dem 15. April 1996 noch anstrebe bzw. sie beibehalte, ziehe sich als Tatstrafe das Interdikt zu. Ihm sei es fortan untersagt, die Kommunion zu empfangen. Für ein weiteres gewohnheitsmäßiges Verharren in der Mitgliedschaft wird die Exkommunikation angedroht.

Argentinische Bischöfe bekennen Schuld

„Wir bedauern zutiefst, daß wir das Leiden, das durch dieses Drama verursacht wurde, nicht stärker mildern konnten. Wir solidarisieren uns mit all denen, die sich dadurch verletzt fühlen und bedauern aufrichtig, daß Söhne der Kirche an den Menschenrechtsverletzungen beteiligt waren.“ Eingebunden, fast versteckt, in ein Hirtenwort, in dem „auf dem Weg ins dritte Jahrtausend“ (so der Titel), die soziale und religiöse Lage im Land, vor allem aber die zukünftigen Herausforderungen, Aufgaben und Chancen der Kirche beschrieben werden, haben die argentinischen Bischöfe ein lang erwartetes und mühsam errungenes Schuldbekennnis formuliert. Als zu Beginn des vergangenen Jahres in Argentinien erneut die Diskussion über die Vergehen des Militärs während der Diktatur entbrannte, geriet auch die Rolle der Bischöfe und des Klerus in die Kritik, bis hin zum Vorwurf der Mitwisserschaft und der Legitimierung von Menschenrechtsverletzungen (vgl. *HK*, Juli 1995, 386 ff.). Bereits beim Ad-limina-Besuch der argentinischen Bischöfe im Juni 1995 war die Veröffentlichung eines gemeinsamen Schuldbekennnisses in Aussicht gestellt worden. Im Dezember letzten Jahres scheiterte jedoch ein erster Versuch, ein gemeinsames Wort zu veröffentlichen. Der Kompromißtext, der nun auf der Frühjahrsvollversammlung der Bischofskonferenz am 27. April veröffentlicht wurde, fand die Unterstützung von 71 der 75 Bischöfe. Die Bischöfe unterstreichen darin zugleich ihren damaligen Einsatz

für die Respektierung der Menschenrechte, verteidigen die weitergeführten Kontakte zu den staatlichen Autoritäten in dieser Zeit und betonen, nicht die Kirche oder der Episkopat als solche trügen die Verantwortung, sondern die einzelnen „Söhne der Kir-

che“, die sich auf seiten der Guerilla und auf seiten der staatlichen Gewalt und der Sicherheitskräfte der Vergehens an der Menschlichkeit, aber auch an der Botschaft Christi schuldig gemacht haben. Neben Menschenrechtsgruppen, die die Erklärung als enttäu-

schend werteten und das unerwähnt bleibende Schicksal der „Verschwundenen“ beklagten, kritisierten auch der Bischof von Viedma, *Miguel He-sayne* und der Bischof von Morón, *Justo Laguna*, die Selbstkritik gehe nicht weit genug.

Bücher

FRIEDHELM HENGSBACH, Abschied von der Konkurrenzgesellschaft. Für eine neue Ethik in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Verlag Droemer-Knaur, München 1995, 240 S. 14,90 DM

Der Frankfurter Sozialethiker hat sozusagen das Buch zum Bündnis geschrieben, in dem derzeit nicht nur der Ausweg aus der Massenarbeitslosigkeit gesucht wird. Mit seiner gut strukturierten und in klarer und direkter Diktion verfaßten „Werbeschrift zur Wiederentdeckung der Kooperation“ legt Hengsbach zunächst die schonungslose Diagnose einer Gesellschaft vor, die dem „Konkurrenzfieber“ – die Stoßrichtung richtet sich nicht gegen Konkurrenz an sich, sondern gegen die krankhafte Verabsolutierung – zu erliegen droht. Ausgehend aber von der Beobachtung jüngster Beispiele eines für alle Beteiligten lohnenden kooperativen Zusammenspiels zwischen Akteuren des Staates, der Wirtschaft und der neuen sozialen Bewegungen, entwickelt der Autor sein Konzept der „politischen Kooperation“, mit dem er die in Widersprüchen, Destruktivität und Irrationalität gefangene Konkurrenzgesellschaft sanieren will. Der brüchig gewordene Gesellschaftsvertrag Nachkriegsdeutschlands, die sich immer weiter verschärfenden Verteilungskonflikte verlangten nach einem neuem Gesellschaftsvertrag, dessen Regeln nur im Zusammenspiel der staatlichen, der wirtschaftlichen und der zivilgesellschaftlichen Akteure ausgehandelt werden könnten. Die

Begründung und Erläuterung der Überlegenheit kooperativen Verhaltens gegenüber Konkurrenzverhalten sowie die Bestimmung der Bedingung für Kooperation leistet Hengsbach in drei Schritten: Nach der spieltheoretischen Rekonstruktion dieses Überlegenheitsverhältnisses widmet er sich der notwendigen Sicherstellung der Rahmenbedingungen, den Spielregeln, die allererst Kooperation ermöglichen und schließt daran eine diskursethische Begründung der Normen einer „Kooperation im allgemeinen Interesse“ an. Diese Kooperation im allgemeinen Interesse zu gewährleisten, sei der Staat alleine jedoch überfordert. Notwendig bedürfe er der Ergänzung durch die kollektiven Akteure der Zivilgesellschaft, besonders der neuen sozialen Bewegungen. Drei prekär gewordene Verhältnisse bestimmen für Hengsbach die Themen des in politischer Kooperation neu zu verhandelnden Gesellschaftsvertrages: das zwischen Arbeitsleistung und sozialen Sicherungssystemen, das zwischen den Geschlechtern und das zwischen Gesellschaft und Wirtschaft auf der einen und der Natur auf der anderen Seite. Das Concerto grosso, eine Konzertform, in der zwei verschiedene Klangkörper kontrastierend gegenübergestellt werden, in dem Konkurrenz und Kooperation zusammenfinden, ist für ihn Modell einer pluralen und wertgebundenen Gesellschaft, die sich von einem krankhaften Konkurrenzfieber verabschiedet hat. Hengsbach selbst hat einen lesenswerten Beitrag zur Partitur geliefert. A.F.

HERMANN KOCHANEK (Hg.), Religion und Glaube in der Postmoderne, Steyler Verlag, Nettetal 1996, 226 S. 40,- DM.

Die heute weithin feststellbare „Wiederkehr der Religion“ ruft auch den christlichen Glauben zu einer selbstkritischen Neubesinnung auf. Hier wichtige Anstöße zu vermitteln, bleibt Anlaß und Absicht dieses Sammelbandes. Hervorgegangen aus einer Vortragsreihe des Arnold-Janssen-Hauses in Sankt Augustin, bietet er Einblicke und ordnende Durchblicke aus unterschiedlichsten Perspektiven. Der Beschreibung der Religion in der Postmoderne und ihrer Distanz zum Christentum ist der einführende Beitrag des Religionswissenschaftlers *Karl Hoheisel* gewidmet. Klärendes trägt *Karl Gabriel* aus der Sicht der Soziologie bei. Ihm liegt vor allem daran, die dialektisch-widersprüchliche Bewegung des kirchenfernen Religiösen im Sinne einer „Weltanpassung“ sowie einer „Weltdistanzierung“ zu beschreiben. Religionsphilosophische Überlegungen zum Gesamtkomplex Religion (*Wolfgang Kluxen*) und fundamentaltheologische Orientierungen zur wechselseitigen Beziehung von Religion und Glaube (*Hans Waldenfels*) schließen sich an. Gelungene Situationsanalysen, gepaart mit recht konkreten Handlungsanweisungen vermittelt der Pastoraltheologe *Udo F. Schmälzle*. Ihm gilt Religiosität als „anthropologische Konstante“, so daß er feststellen kann: „Diese ‚neue Religiosität‘ ist keineswegs neu: Es ist die